



## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 172 vom 10.11.2016

Rot-Rot beschließt faktisches Ende der Pensionsvorsorge

### **Steeven Bretz: SPD und Linke bessern den Haushalt mit unredlichen Tricks auf**

Am Donnerstag wurde im Landtag Brandenburg von den Regierungsfractionen beschlossen, ab 2017 nur noch nach Kassenlage in den Versorgungsfonds für die Pensionen der Landesbediensteten einzuzahlen. Zusätzlich legten SPD und Linke fest die bisher angesparten rund 200 Millionen Euro in der Versorgungsrücklage bis 2027 in den Landeshaushalt zu überführen.

Der Finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Steeven Bretz**, bezeichnete diese Entscheidung als finanzpolitischen Taschenspielertrick. „Um heute zusätzliches Geld verjubeln zu können, lässt Ministerpräsident Woidke seinen Finanzminister Görke den Landeshaushalt mit unredlichen Tricks aufbessern. In Zeiten von Rekordeinnahmen nicht mehr für die Pensionszahlungen vorzusorgen, sondern die Rechnung klammheimlich unseren Kindern und Enkeln in die Tasche zu stecken, ist einfach nur unverantwortlich. Rot-Rot macht Politik, als ob es in Brandenburg kein morgen gebe.“

#### Hintergrund

Bisher war die Landesregierung per Gesetz verpflichtet jährlich in den Vorsorgefonds für die Pensionen einzuzahlen. Künftig soll nach Haushaltslage entschieden werden, ob für die Pensionen vorgesorgt werden soll.